

Bezirksamt Neukölln von Berlin  
Abteilung Jugend  
Jug Dez

08.07.2011  
2330

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 13.07.2011

über

Lfd. Nr. :

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Drs. Nr. : 1895/XVIII

nachrichtlich den Fraktionen der  
SPD, CDU, Grünen, FDP, Grauen und DIE LINKE

Dringlichkeit

schriftlich

Konsensliste

## **Beantwortung der Dringlichkeits-Großen Anfrage**

**Betr.: Muss Jugendarbeit in Neukölln eingestellt werden?**

Sehr geehrter Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr  
Szczepanski,

für das Bezirksamt beantworte ich Ihre große Anfrage wie folgt:

***Welche Auswirkungen haben die vom Bezirksamt beschlossenen und durchgeführten  
Kündigungen der freien Träger von Jugendeinrichtungen***

***a) auf die Jugendarbeit im Bezirk allgemein***

***und wie bewertet das Bezirksamt die Konsequenzen dieser Maßnahmen insbesondere für***

***b) die freien Träger der Jugendarbeit,***

***c) die Hilfen zur Erziehung und***

***d) den Haushalt des Bezirks Neukölln?***

***Zu a) Auswirkungen auf die Jugendarbeit im Bezirk***

Es sind Kündigungen für 25 Einrichtungen und Projekte der allgemeinen Jugendförderung, 15 Schulstationen und 8 spezielle sozialpädagogische und/oder präventive Projekte erfolgt.

Für die Jugendarbeit im Bezirk Neukölln bedeutet eine Kündigung der Einrichtungen und Projekte in freier Trägerschaft einen katastrophalen Rückschlag. Bereits unter Einbeziehung aller zur Zeit noch bestehenden Angebote in kommunaler und freier Trägerschaft kann der Bezirk Neukölln seinen Kindern und Jugendlichen lediglich 3,98 Stunden Jugendförderung pro Jahr und gewichtetem Jugendeinwohner anbieten, z.B. in Mitte sind das 5,19 Stunden, in Friedrichshain-Kreuzberg 6,30 Stunden und in Marzahn-Hellersdorf 6,03 Stunden. Da traditionell die Bezirke in ehemaligen Ostteil besser ausgestattet waren und weiterhin sind.

Die Einrichtungen und Projekte bieten den Kindern und Jugendlichen vielfältige und kompetente Unterstützung im Rahmen der außerschulischen und kulturellen Bildung und durch Sport, bei Problemlagen in der Familie oder in ihrem Umfeld, bei der Erreichung von schulischen Erfolgen, bei der Gefahr des Abgleitens in Delinquenz und in vielen weiteren Bereichen. Ihre Fähigkeiten und Stärken werden weiterentwickelt, sie erhalten Anregungen und Halt.

Diese Arbeit ist für Neukölln unverzichtbar, wenn eine soziale Integration und eine Förderung der Bildungschancen für immer mehr Kinder und Jugendliche gelingen soll. Neukölln bräuchte dringend mehr solcher Angebote und nicht weniger.

Der Wegfall von 25 Einrichtungen und Projekten für Kinder und Jugendliche kann auch durch die verbleibenden 17 kommunalen Einrichtungen nicht aufgefangen werden. Vor allem für Kinder ist ein Angebot in ihrem Wohnumfeld wichtig, aber auch viele Jugendliche werden weitere Wege nicht auf sich nehmen. Außerdem fällt auch ein großer Teil der Mittel für die Honorarkräfte in den Jugendeinrichtungen durch den Kürzungsbeschluss weg, so dass diese Einrichtungen ihre Angebote deutlich einschränken müssen, Öffnungszeiten müssen reduziert werden bzw. Einrichtungen stillgelegt werden, um in anderen Einrichtungen den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Der Wegfall der Schulstationen, bei gleichzeitiger Erhöhung der Belastung vieler Schulen im nächsten Schuljahr, zerstört die bisher erfolgreichste Form der Kooperation von Schule und Jugendarbeit.

Durch die Beschlussvorlage des Hauptausschusses verändert sich an diesen Aussagen nicht wesentlich, denn die Kündigung der freien Träger wird nur bis zum Jahresende zurückgenommen, gleichzeitig wird aber ab sofort die Arbeit in den kommunalen Einrichtungen noch wesentlich massiver eingeschränkt.

### ***Zu b) Auswirkungen auf die freien Träger der Jugendarbeit***

Die Träger leisten eine hochkompetente und völlig unverzichtbare Arbeit für Neukölln, für die sie Anerkennung und Vertrauen verdienen.

Kündigungen zwingen die Träger ihrerseits Personal und Räumlichkeiten zu kündigen. Für den Fall, dass dies nicht mehr fristgerecht erfolgen konnte, waren bereits Regressforderungen angekündigt worden, sodass eine Wirksamkeit der geplanten Einsparungen bereits in Frage gestellt war. Durch eine Rücknahme der Kündigungen für diese Jahr bei einem gleichzeitigen Verbot die Verträge auch für 2012 abzusichern bevor die nächste BVV entschieden hat, was

frühestens im November sein kann, bedeutet real lediglich die Verschiebung der entsprechenden Kündigungen um drei Monate.

Folge wird sein, dass gut im Bezirk vernetzte, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich das Vertrauen vieler Kinder und Jugendlicher und deren Familien (und selbstverständlich des Jugendamtes) erworben haben, den Bezirk verlassen werden. Die Lücke, die so gerissen wird, wird kaum wieder zu schließen sein. Den Mitarbeitern wird eine unverständliche Geringschätzung ihrer wertvollen Arbeit vermittelt, die hier zur ständigen Manövriermasse degradiert wird.

Den Trägern ist jede Planungssicherheit genommen. Es wird sehr schwer sein, das Vertrauen in eine verlässliche Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Neukölln wieder herzustellen.

### ***Zu c) Auswirkungen auf die Hilfen zur Erziehung***

Für viele Kinder und Jugendliche bieten die Einrichtungen und Projekte seelischen Halt, Unterstützung bei Problemen und Anregungen zu sinnvoller Freizeitbeschäftigung, die verhindert, dass aus Langeweile soziale Normen massiv verletzt werden. Damit werden viele Kinder und Jugendliche aufgefangen, bevor sie zu einem Hilfefall werden könnten.

Durch die Vernetzung der Neuköllner Projektlandschaft untereinander und mit dem Jugendamt können viele Probleme frühzeitig erkannt und durch Elternarbeit und eine Einbindung in oder eine zielgerichtete Vermittlung an passende Projekte bearbeitet oder soweit abgemildert werden, dass Hilfen zur Erziehung nicht oder nur in geringerem Maße eingesetzt werden müssen.

Streetwork, Schulstationen, niedrigschwellige Beratungsangebote für Schwangere und junge Mütter, spezielle Präventionsprojekte für Familien, sind Instrumente zur Fallvermeidung oder zur Milderung von Fällen. Wenn sie künftig nicht mehr vorhanden sind, bleiben allein die Hilfen zur Erziehung, um den Familien zu helfen. Dadurch werden die Kosten für Hilfen zur Erziehung erheblich ansteigen.

### ***Zu d) Auswirkungen auf den Haushalt des Bezirks Neukölln***

Für die Beantwortung dieses Frageteils hat mir der Bezirksbürgermeister die folgende Passage zur Verfügung gestellt:

„Inwieweit die vom Bezirksamt beschlossenen und durchgeführten Kündigungen von freiwilligen, sozialen Leistungen aufrechterhalten werden oder ob auf Mittelkürzungen anderer Abteilungen zurückgegriffen wird, entscheidet die Bezirksverordnetenversammlung in ihrer heutigen Sitzung. Beiden Alternativen wohnt der gleiche Sachzweck inne. Der Bezirkshaushalt 2011 muss vor einem negativen Jahresergebnis geschützt werden, dass jede Form gestaltender Bezirkspolitik der künftigen Jahre unmöglich macht. Das gebietet bereits der Respekt vor den politischen Mandatsträgern der kommenden Wahlperiode. Insofern gibt es für verantwortlich handelnde

Bezirkspolitiker zu den Ausgabekürzungen in Höhe von 3 bis 4 Mio. Euro keine wirkliche Alternative.

Die Konsequenzen der Mittelkürzungen bedeuten zum Beispiel den Eingriff in die bauliche Unterhaltung 2012, was zur Verschiebung dringend notwendiger Instandsetzungen bei den Abteilungen Jugend und Bildung, Schule, Kultur und Sport führen wird. Die Sperre der Mittel aus der Zielvereinbarung mit dem Jobcenter macht die Abteilung Soziales, Wohnen und Umwelt finanziell handlungsunfähig. Die Inanspruchnahme der allgemeinen Personalmittelspitze und der Abschreibungsgewinne für die ausgegebenen, nicht vorhandenen HzE-Mittel bedeutet, dass alle Haushaltsrisiken wie Preiserhöhung, insbesondere für Brennstoffe (derzeitige Explosion in 2011 um rund 2 Mio. Euro), Mindereinnahmen oder anderer unabweisbarer Ausgaben nicht im Jahresabschluss aufgefangen werden können. Hieraus ergibt sich konkret, dass ein Minusabschluss 2011, der vordergründig nichts mit den HzE zu tun hat, dennoch durch diese ausgelöst ist, weil die übliche Ausgleichsmasse bereits verbraucht wurde.

Auch die Aufkündigung von freiwilligen, sozialen Leistungen dient im Falle einer solchen Beschlussfassung durch die BVV der Sicherung des Bezirkshaushaltes. Im Übrigen sind durch den kalendarischen Zeitablauf maximal Einsparvolumina von 1 Mio. Euro möglich. Sollten beide Prognoseberechnungen nach der Methode des Steuerungsdienstes und der Methode des Abteilung Jugend sich zum Ende des Jahres als real erweisen, beträgt der Beitrag der Kürzung der freiwilligen, sozialen Leistung etwa ein Viertel des erwirtschafteten Defizits. Hieraus folgt, dass die Abteilung Jugend objektiv nicht in der Lage ist, die von ihr für den Bezirkshaushalt herbeigeführte Problemlage aus eigener Kraft zu regulieren. Die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln anderer Abteilungen ist unausweichlich.“

Soweit die Ausführungen des Bürgermeisters und Finanzstadtrates unseres Bezirkes, die ich Ihnen vortragen durfte.

Allerdings bitte ich zu überdenken, ob gerade massive Einschnitte in die Prävention ein adäquates Mittel der zukünftigen Haushaltssicherung sind. Zweifel müssen hier erlaubt sein, denn gerade für die künftigen Bezirkshaushalte in der nächsten Wahlperiode führt dieser Schritt zu einer zusätzlichen Belastung.

Die Zumessungen der Mittel durch den Senat für die einzelnen Aufgaben der Bezirke in den einzelnen Haushaltsjahren erfolgen auf Grund der im Referenzjahr (jeweils 2 Jahre davor) produzierten Mengen zu Mediankosten. Das bedeutet, wenn in Neukölln die Angebote in 2011 massiv heruntergefahren werden, wird sich die Zumessung für das Jahr 2013 automatisch entsprechend verringern. Was durch Kürzungen in diesem Jahr wegfällt, ist also langfristig verloren.

Da dieser Bereich vom Jugendamt Neukölln bisher sehr wirtschaftlich betrieben wird, wird der Bezirk in 2013 nicht nur die Summe verlieren, die heute eingespart werden soll, sondern auch die heute noch zu erwartenden Budgetgewinne. Zusätzlich verteuern die angedachten Kürzungen, da die wenigen verbleibenden Angebote in den kommunalen Einrichtungen mit mehr Personal -und Infrastrukturkosten belastet sein werden. Der Bezirk verliert also bereits für 2013 mehr als er in diesem Jahr einspart. Da sich dieser Verlust auch in den Folgejahren fortsetzen wird, denn mit den dann verringerten Zumessungen sind natürlich auch langfristig nur

geringere Angebote finanzierbar, muss man leider sagen, dass jeder jetzt eingesparte Euro den Verlust von mindestens 4 Euro in der kommenden Wahlperiode auslöst.

Da inzwischen die überwiegende Mehrzahl der Zuweisungen für die einzelnen Aufgaben der Bezirke auf Produktsummenbudgetierung beruht, sind rein kamerale Spareingriffe häufig nicht mehr zielführend. Es ist nicht mehr sinnvoll, einfach weniger zu tun, das rächt sich - wie beschrieben - durch Zuweisungsverluste, sondern Ziel der Steuerung muss sein, alles was getan wird und werden muss so wirtschaftlich, sprich kostengünstig, wie möglich zu tun. Dies ist der Abteilung Jugend bereits im vorigen Jahr gut gelungen. Trotz eines intensiven kameralen Spardrucks ist es gelungen, die Kostenstruktur der Hilfen zur Erziehung deutlich zu verbessern. Dies zeigt sich an der Zuweisung für das Jahr 2012, die nicht nur die Ist-Ausgaben aus 2010 vollständig enthält, sondern darüber hinaus noch einen kleinen Budgetgewinn. Diese Steuerung greift in diesem Haushaltsjahr noch besser, so dass die Abteilung Jugend als Zumessung für 2013 einen deutlich über den Ist-Ausgaben des Jahres 2011 liegenden Betrag erwartet. Damit sinkt das Risiko, dass künftig die HzE zu einem Haushaltsrisiko wird, ganz beträchtlich.

Man darf sich fragen, ob es zielführend ist, um ein mögliches Haushaltsrisiko durch die Abteilung Jugend für 2012 einzugrenzen, haushaltssteuernde Eingriffe vorzunehmen, die die Probleme mit weit schwerwiegenden Auswirkungen ab 2013 in die Zukunft verlagern. Besonders wenn man weiß, dass mit den Haushaltsrisiken anderer Abteilung durch zum Teil beträchtliche Budgetverluste in Höhe von insgesamt mehr als 12 Mio € ganz anders verfahren wird. So hat die Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport in 2010 einen Budgetverlust von fast 9 Mio. Euro (das sind 10% der Gesamtausgaben der Abteilung) erwirtschaftet, der selbstverständlich im Haushalt 2012 aufgefangen wird, denn niemand kann ein Interesse an Einsparungen im Bildungsbereich haben. Budgetverluste in diesem Bereich sind auch bereits in den vergangenen Jahren regelmäßig angefallen und jedes Mal selbstverständlich ausgeglichen worden, ohne dass dies jemals öffentlich diskutiert wurde. Dies wurde auch immer von mir mitgetragen, denn Sonderprobleme, die sich der Steuerung entziehen, müssen solidarisch getragen werden. Das muss aber für Alle gelten.

Steigende HzE-Kosten sind auch kein rein Neuköllner Problem, die Mehrzahl der Berliner Bezirke kann seit Jahren ihre Haushaltsansätze nicht einhalten, aber kein anderer Bezirk ist deshalb jetzt oder in der Vergangenheit auf die Idee verfallen, deshalb die Prävention einzustellen.

Ich bitte alle Mitglieder dieses Hauses die geplanten Maßnahmen, die zu einer Zerschlagung der Prävention im Neuköllner Jugendbereich und erheblichen Verlusten für die künftigen Bezirkshaushalte führen, zu überdenken, denn bereits im Mittelalter wurde bewiesen, dass Aderlässe kein sinnvolles Heilmittel sind.

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Gabriele Vonnekold  
Bezirksstadträtin